Bericht

der

Münzkommision des Nationalrathes über den Entwurf eines Gesetzes zur Vollziehung der schweizerischen Münzreform.

Tit.

Nachdem Ihnen die beiden Seiten Ihrer, in der Münzangelegenheit niedergesetzten Kommission, je von ihrem Standpunkte aus über denjenigen Gesetzesentwurf, der die bleibende Grundlage unserer künftigen Münzordnung bilden soll, ihre Berichte vorgelegt haben, und nachdem Ihnen die eine Seite Ihrer Kommission im Wesentlichen dessen Annahme, die andere hingegen Nicht-eintreten in denselben und eine ganz andere Grundlage für einen neuen Gesetzesentwurf beantragt hat, haben wir Ihnen jetzt noch für den Fall, daß Sie jener Ansicht beipflichten, auch über denjenigen Gesetzesentwurf zu rapportiren, der sich auf die Ausführung der Münzreform und die für das Uebergangsstadium nothwendigen Bestimmungen bezieht.

Im Allgemeinen beziehen wir uns auf die bereits vorliegenden Berichte des Bundesrathes und des eidgenössischen Experten und beschränken uns darauf, nur diejenigen Artikel hervorzuheben, welche durch unsere Beratungen eine Veränderung erlitten haben.

Hienach beginnen wir mit dem Art. 2, dessen von uns beantragte modificirte Gestalt die nothwendige Folge des Art. 3 des Münzgesetzes ist. Da hier die Gliederung des Systems eine andere geworden, so muß konsequenter Weise auch in der Ausführung auf diese Aenderung

Rücksicht genommen werden. Es liegt dieß zu sehr auf der Hand, als daß wir uns noch einläßlicher darüber zu verbreiten hätten; wir wollen Ihre Aufmerksamkeit daher nur noch darauf richten, daß sich die in der Anordnung der einzelnen Sorten vorgenommene Veränderung bei Annahme der zur Prägung vorgeschlagenen Summen in der Ausführung so gestaltet, daß sich auf den Kopf etwas mehr als 52 neue Rappen Kupfermünze ergibt, ein Verhältniß, bei welchem gewiß nicht mit Recht über ein Un- oder Uebermaß an Kupfergeld geklagt werden kann. —

Eine Minderheit schlägt Ihnen mit Beziehung auf diesen Artikel vor, auf die Prägung eigener Fünffrankstücke zu verzichten, um die dießfalligen Kosten zu ersparen. Die Mehrheit hingegen hält diese Kosten für nicht bedeutend genug um die schon anderweitig entwickelten Gründe aufzuwiegen, welche die Prägung einer gewissen Summe schweizerischer grober Silberforten als wünschbar erscheinen lassen.

Der Art. 3 schließt sich an den vorangehenden an; auch er bedurfte einer dem Art. 3 des Münzgesetzes entsprechenden Modification, welche wohl keine weitere Begründung erfordert.

Hinsichtlich des bei Art. 5 erwähnten Tarifs haben wir zu bemerken, daß nachdem Ihre Kommission sich bei Art. 24 aus Gründen, auf welche wir später zu sprechen kommen, veranlaßt gesehen hat, mit Beseitigung des bundesrätlichen Vorschlages, die von dem Experten beantragte Tarifirung wieder aufzunehmen, nothwendigerweise auch jener Tarif nach dem Vorschlage des Experten wieder aufgenommen werden mußte.

Einige Bemerkungen hinsichtlich des französischen Textes bei den Art. 7, 14 und 19 lassen wir hier unberührt.

— Ebenso bedarf wohl die Redaktionsveränderung von Art. 15, sowie der Zusatz, welchen wir Ihnen zu demselben vorschlagen, keiner Rechtfertigung.

Eine wesentliche Veränderung hingegen hat, wie bereits angedeutet, der Art. 24 des bundesrätlichen Vorschlages erlitten, indem Ihre Kommission wieder auf die dießfalligen Anträge des eidgenössischen Experten zurückgegangen ist. Wir verhehlen uns zwar nicht, daß die Werthung des Guldens zu 15 Bazen, und des Fünffrankenstücks zu 35½ Bazen sich nicht auf die eidgenössischen Kassen beschränken, sondern sofort, wie dieß in solchen Fällen immer der Fall ist, auf den täglichen Verkehr übertragen, und daß hiedurch der Münzfuß namentlich der westlichen Schweiz, und in geringerem Grade auch derjenige der östlichen, für die Uebergangszeit verschlechtert wird.

Indessen wird sich, Lit., die Ostschweiz hierüber nicht beklagen, da ihr, wenn auch das Fünffrankenstück momentan überwerthet, doch der Gulden, der jetzt faktisch bei ihr vorherrschend ist, nicht herabgewerthet wird. Die Westschweiz hingegen mag sich dabei beruhigen, daß diese Werthung eine ganz vorübergehende ist, daß sie ohne die mindesten nachtheiligen Folgen bleibt, indem ja, sobald die Reform durchgeführt ist, das Fünffrankenstück nicht mehr eine gewisse Zahl von alten Bazen, sondern fünf Franken darstellt; namentlich aber mag sie diese Tarifrung als ein Mittel betrachten, die Bevölkerung der Ostschweiz mit der Münzreform selbst zu befreunden, und diese Bevölkerung nicht durch die Herabwerthung des Guldens in der Uebergangsperiode zu verletzen, wo allerdings die Berücksichtigung der faktisch vorhandenen Münzsorten ganz am Platz, ja nicht nur dieß, sondern durchaus nothwendig ist; eine Berücksichtigung,

welche die eine Seite Ihrer Kommission hingegen bei der Feststellung des Münzsystems selbst als nicht maßgebend anerkennen konnte.

Liegen schon hierin wesentliche Motive für die von uns vorgeschlagene Tarifrung, so erscheint der Einfluß, den dieselbe auf die Verwerthung und Verwendung des Fünffrankenstücks nach unserer deutschen Nachbarschaft haben wird, namentlich der Seite Ihrer Kommission, welche Ihnen die Annahme des französischen Münzfußes empfiehlt, als nicht minder wichtig. Die hierauf bezüglichen Verhältnisse finden sich in dem dießfalligen Berichte entwickelt und erörtert, wir werden uns daher hier keine Wiederholungen zu Schulden kommen lassen und nur insoweit darauf zurückkommen, als es nothwendig ist, um hier noch eines in dieser Beziehung ebenfalls wirksamen Faktors zu erwähnen. Es ist nämlich schon wiederholt von der andern Seite auf die Gefahr des kleinen deutschen Papiergeldes aufmerksam gemacht worden; — man hat diese Gefahr indessen von anderer Seite in Abrede gestellt. Man kann hierüber verschiedener Ansicht sein und wirklich nicht in diesem oder jenem Sinne erwähnen wir hier des süddeutschen Papiergeldes. Wir nehmen für einmal lediglich dessen Anhäufung jenseits der Grenze an und schließen von hier aus, einerseits, daß das Silbergeld im Werthe steigen wird, je mehr sich das Papiergeld verbreitet, und andererseits, daß der Deutsche, der nach der Schweiz verkehrt, gegen sein Papier noch viel mehr als gegen deutsches Silbergeld selbst zu noch höherm Kurse sich französisches Geld schon jenseits der Grenze wird verschaffen müssen. Und weiter schließen wir, daß demnach die vorgeschlagene Tarifrung des Fünffrankenstückes zu 35½ Bagen um so eher den von uns in Aussicht gestellten

Erfolg haben und daß diese Sorte auch in unserer deutschen Nachbarschaft zu fl. 2. 22 kr. kursiren wird.

In voller Anerkennung der Eingangs entwickelten Motion legt namentlich die eine Seite Ihrer Kommission auf diese Kursverhältnisse des Fünffrankenstückes großes Gewicht; die Vortheile, welche sich hieraus für die Schweiz ergeben, überwiegen weitaus die aus der momentanen Ueberwerthung sich etwa ergebenden Nachtheile. Wenn, wie sich Ihnen aus Vorstehendem ergeben mag, Ihre Kommission hinsichtlich der Motive nicht einstimmig ist, so ist sie es dagegen im Antrage, den sie Ihnen mit allem Nachdruck empfiehlt.

Der Artikel 25, den Ihnen die Kommission beantragt, findet sich auch in der Arbeit des eidgen. Experten. Die Bestimmungen dieses Artikels scheinen uns in das Gesetz zu gehören, damit alle beim Uebergang möglichen Verhältnisse im Gesetze vorgesehen sind und bei Vorkommen nach Anleitung des Gesetzes ihre Erledigung finden können.

Endlich haben wir noch des Art. 26 zu erwähnen, der Ihnen von einer Majorität Ihrer Kommission beantragt wird. Diese Majorität geht von der Ansicht aus, daß die Ausführung dieses Artikels die Grundlage für den Uebergang des neuen Münzfußes ins Volksleben, gleichsam das Gerippe bilden werde, von dem aus der neue Bau sich sicher und schnell fortbilden und in immer weitem Kreisen ausdehnen werde. Die Minorität hingegen theilt diese Ansicht nicht vollkommen und wenn sie schon im Allgemeinen dafür hält, daß das neue Münzsystem seine sicherste Grundlage in seiner Zweckmäßigkeit habe, so findet sie mit besonderer Beziehung auf den Art. 26, daß derselbe theils sich von selbst ver-

steht, theils zu weit geht, ja sogar mit dem Münzgesetze selbst im Widerspruche steht.

Von selbst versteht es sich, daß die Eidgenossenschaft ihre Rechnungen in der neuen Währung führen muß und zu weit gegangen ist es, wenn das Gleiche zwangsweise von den Kantonen gefordert, wenn befohlen wird, was sich auf dem Wege der freien natürlichen Entwicklung ganz von selbst ergeben muß, indem sich die Rechnungen der Kantone sehr bald nach dem vorhandenen allein gesetzlichen Zahlungsmittel werden richten müssen. Endlich mit dem Art. 8 des Münzgesetzes im Widerspruch zu stehen scheint es dieser Minorität, wenn bestimmt wird, daß auch in allen Akten der Eidgenossenschaft und der Kantone die gesetzliche Währung anzuwenden sei, währenddem jener Artikel ganz allgemein Verträge in andern Währungen und Münzsorten vorbehält. Auf diese Motion gestützt, wird von der Minorität auf Streichung des Artikels 26 angetragen.

Hiermit hat sich die Kommission ihrer Aufgabe auch mit Beziehung auf das Ausführungsgesetz entledigt, möge auch nach dieser Seite hin das, was unsern allgemein schweizerischen Interessen am besten entspricht, aus den Beratungen der Bundesversammlung hervorgehen!

Bern, im März 1850.

Die Mitglieder der Münzkommission
des Nationalrathes:

Dr. A. Escher.

Noda.

J. Stämpfli.

Manchenay.

Peyer im Hof.

Savier.

Bruggisser.

Surgerbühler.

A. Bischof.

Bericht der Münzkommission des Nationalrathes über den Entwurf eines Gesetzes zur Vollziehung der schweizerischen Münzreform.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1850
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	17
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.04.1850
Date	
Data	
Seite	310-310
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 310

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.